Auftaktprogramm für ein zukunftsfestes Sachsen-Anhalt

der Partei Die Linke für die 9. Wahlperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt

Die Menschen in Sachsen-Anhalt sind zurecht unzufrieden und von den politischen Entwicklungen enttäuscht. Sie wenden sich aus Frust von der Regierung ab. Doch Simson-Ausfahrten und die Rückkehr in die 1990er Jahre werden Sachsen-Anhalts Probleme nicht lösen.

Die Linke ist die zukunftsgewandte, soziale Partei Sachsen-Anhalts. Wir setzen uns für eine gerechte, freie und gleichberechtigte Gesellschaft ein. Wir bauen einen krisenfesten Staat, der die Menschen und das Land schützt, in dem alle die gleichen Chancen haben, für sich selbst und ihre Liebsten zu sorgen.

Unsere Heimat Sachsen-Anhalt ist für alle da. Wir sind der Pol der Hoffnung. Die Linke ist genau das Gegenstück zum Rechtsruck. Nicht Hass und Hetze sollen unsere Gesellschaft dominieren, sondern soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt. Wir engagieren uns für ein bezahlbares Leben aller Menschen im Land.

Sachsen-Anhalt wird nicht kippen, dafür gibt Die Linke ihre Garantie. Während die CDU fälschlicherweise davon ausgeht, mit Kürzungen am Sozialstaat AfD-Wähler zu überzeugen, schlägt Die Linke ganz konkrete, pragmatische Lösungen für die aktuellen Probleme unserer aktuellen Zeit vor:

Sicherung der Gesundheitsversorgung und der Schulbildung, bessere Personalschlüssel in Kitas, Erhalt der ostdeutschen Industriearbeitsplätze sowie Entschuldung der Kommunen und Landkreise: Das sind Themen, die das Leben der Menschen in Sachsen-Anhalt konkret verbessern würden und die jetzt umgesetzt werden müssen. Wir übernehmen Verantwortung für Sachsen-Anhalt, damit die Kompetenzen und die Kraft von Jungen und Alten sowie Frauen und Männern hier allen zugutekommt.

Mit unserem Auftaktprogramm ist Sachsen-Anhalt gut für die Zukunft gewappnet – mit links!

Unser 9-Punkte-Programm für ein zukunftsfestes Sachsen-Anhalt

1. Starke Wirtschaft – starkes Land: Zukunftsfonds Sachsen-Anhalt für die Stärkung der Wirtschaft und ihrer Transformation auf den Weg bringen

Wir bringen einen Fonds auf den Weg, der unsere Wirtschaft zukunftsfest macht. Anders als bei einer Subvention verschenkt das Land sein Kapital nicht, sondern sichert es ab, indem es sich an Unternehmen beteiligt. Es entstehen Rückflüsse, die erneut investiert werden können. Der Fonds ruht auf drei Säulen, die schrittweise aufgebaut werden. Den Anfang machen die haushaltsrechtlich sofort vorbereitbare Garantiesäulen. Konkret verfolgt der Fonds:

- Absicherung von Krediten für investitionsbereite Unternehmen, denen Sicherheiten fehlen (gefördert über die Investitions- und die Bürgschaftsbank, gebunden an Standortsicherung, Tarifbindung und sozial-ökologische Standards),
- Entwicklung und Mitfinanzierung der Schlüsselinfrastruktur wie Wasserstoff-, Energie- und Wärmenetzen, unter der Bedingung, dass das Land Gestaltungsgarantien bekommt,
- Erweiterung des Beteiligungsgeschäfts der landeseigenen IBG um Unternehmensnachfolge, Genossenschaften und die Übernahme von Betrieben durch ihre Belegschaften,
- Demokratische Steuerung durch einen Beirat aus Beschäftigten, Gewerkschaften und Wissenschaft, während die operative Entscheidung professionell bleibt.

2. Gelebte Gerechtigkeit: Vermögensteuer wiedereinführen – Bundesratsinitiative der ostdeutschen Länder zur Reaktivierung der Vermögensteuer

Die Landesregierung wird aufgefordert, im besten Fall zusammen mit den anderen ostdeutschen Bundesländern, eine Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung einer Steuer auf Vermögen zu starten, mit einem Freibetrag von einer Million Euro Nettovermögen und einem Unternehmensfreibetrag von fünf Millionen Euro. Die Steuersätze betragen mindestens:

- ab einer Höhe von einer Million Euro ein Prozent im Jahr, linear ansteigend bis auf fünf Prozent bei fünfzig Millionen Euro,
- ab fünfzig Millionen Euro fünf Prozent im Jahr,
- ab einer Milliarde Euro zwölf Prozent im Jahr.

3. Von klein an wohlauf: Ergebnisse des Kita-Gipfels umsetzen – Kinderförderungsgesetz gerechter gestalten

Am 4. Mai 2026 führte die linke Landtagsfraktion einen Kita-Gipfel mit Beteiligten aus der Kinderbetreuung, Verwaltung, Wissenschaft und vielen weiteren Organisationen durch. Die Ergebnisse des Kita-Gipfels werden verschriftlicht und sollen als Legitimationsquelle für die Verbesserungen im Bereich der Kinderbetreuung dienen. Ziel ist es, das Gesetz zur Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in der Tagespflege des Landes Sachsen-Anhalt zu ändern. Schwerpunkte sind hierbei:

- Schrittweise Verbesserung der realen Personalschlüssel entsprechend den wissenschaftlichen Empfehlungen inklusive Vor- und Nachbereitungszeiten für die pädagogische Arbeit der Erzieher*innen,
- Umstellung des Finanzierungssystems der Kitas auf eine direkte Personalkostenförderung mit Übernahme der bisherigen Elternbeiträge durch das Land Sachsen-Anhalt zur Entlastung der Städte und Gemeinde und Entlastung der Städte und Gemeinden von den direkten Kita-Kosten,
- Etablierung einer kostenlosen Mittagsversorgung sowie von Trinkbrunnen in den Kitas und der Tagespflege für alle Kinder.

4. Schulsozialarbeit sichern – ein Landesprogramm Schulsozialarbeit umsetzen

Bisher wird die Schulsozialarbeit in Sachsen-Anhalt aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds sowie Mitteln des Landes (2026: 10 Millionen Euro) und der Kommunen finanziert. Das ESF-Programm „Schulerfolg sichern“ in Umfang von 450 Vollzeitstellen läuft mit dem Schuljahr 2027/28 aus. Unser Gesetzentwurf sieht vor, die Schulsozialarbeit in den Kitas und Schulen zu verstetigen und weitgehend durch Mittel des Landes Sachsen-Anhalt zu finanzieren. Durch ein Landesprogramm sollen ab dem Schuljahr 2027/28 zunächst 300 neue Vollzeitstellen geschaffen werden. Perspektivisch sollen im Schuljahr 2028/29 insgesamt 1.200 Vollzeitstellen zu Verfügung stehen. Konkret bedeutet dies:

- Verstetigung und bedarfsgerechter Ausbau der Schulsozialarbeit an allen Schulen des Landes Sachsen-Anhalt,
- Zielgröße ist ein landesweiter Personalschlüssel von einer Schulsozialarbeitsstelle für jeweils 150 Schüler*innen,
- Koordinierung und Unterstützung durch die freie Kinder- und Jugendhilfe,
- Enge Kooperation zwischen Kita und Schule mit gemeinsamen Standards und Übergabeprozessen.

5. Gesundheit geht vor: Medizinische Versorgungszentren auf den Weg bringen

Die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum ist zunehmend gefährdet. Wenn Privatunternehmen die Krankenhäuser in Genthin und Havelberg schließen, weil sie keine Gewinne für den Betreiber erzielen, entstehen Versorgungslücken und die Wege zur nächsten Einrichtung verlängern sich drastisch. Der Wunsch der Bevölkerung und die Notwendigkeit einer wohnortnahen medizinischen Versorgung bleiben jedoch bestehen und sind nicht verhandelbar. Um die Versorgung in der Fläche unabhängig von der Profitlogik privater Betreiber zu sichern, baut das Land zusammen mit den betroffenen Kommunen Medizinische Versorgungszentren (MVZ) in öffentlicher Trägerschaft auf, die mehrere

Fachrichtungen unter einem Dach bündeln, ähnlich den früheren Polikliniken. Für uns heißt das:

- Aufbau öffentlich getragener MVZ über die landeseigene Salus gGmbH oder Kommunen, die durch ein Landesprogramm unterstützt werden, beginnend in den von Klinikschließungen betroffenen ländlichen Regionen,
- Bündelung mehrerer Fachrichtungen unter einem Dach für eine wohnortnahe ambulante Versorgung,
- Vorhaltung einer ambulanten Erst- und Grundversorgung in der öffentlichen Verantwortung,
- Sicherung der Räume und Standorte durch das Land oder die Kommunen, damit die Versorgung nicht am Zugriff privater Eigentümer scheitert.

6. Bus und Bahn für alle! Landesweites Sozialticket einführen

Mobilität ist die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe – für den Weg zu Kita, Schule oder Arbeit. Wer wenig Geld zur Verfügung hat, ist am stärksten auf einen bezahlbaren öffentlichen Nahverkehr angewiesen und muss zugleich jedes Jahr höhere Beträge zahlen. Als ersten Schritt zu einem landesweiten Nulltarif für den ÖPNV führen wir ein vergünstigtes Sozialticket ein, das einkommensschwachen Menschen den Zugang zu Bus und Bahn sichert. Das bedeutet konkret:

- Einführung eines landesweit gültigen, dauerhaft vergünstigten Sozialtickets für Menschen mit geringem Einkommen,
- Ganzjährig geltende und preisstabile Tickets für Schüler*innen, Auszubildende, Freiwilligendienstleistende und Studierende,
- Vollständige Verwendung der Bundes-Regionalisierungsmittel für Bus und Bahn im Land als Grundlage der Finanzierung.

7. Sicherheit mit Weitsicht: Brand- und Katastrophenschutz modernisieren

Die Feuerwehren und der Katastrophenschutz sind Pflichtaufgabe, Ehrenamt, Gefahrenabwehr und gesellschaftlicher Kitt zugleich. Trotzdem erfolgt die Unterstützung meistens projektbezogen über Anträge, Wartelisten und Verwendungsnachweise. Das bindet Verwaltungskraft und erschwert mehrjährige kommunale Planung.

Durch die Änderung des Brandschutzgesetzes und anderer Verordnungen wird die projektbezogene Finanzierung hin zu einer festen, zweckgebundenen und ansparbaren Brandschutzzuweisung geändert. Hierdurch gewinnen die Kommunen mehrjährige Planungs- und Handlungssicherheit. Kern des Gesetzentwurfes sind:

- Schrittweise Überführung der projektbezogenen Brandschutzförderung in eine Zuweisung ab dem Haushaltsjahr 2028,
- Aufbau eines Drei-Säulen-Modells aus Brandschutz-Grundpauschale, Risiko- und Strukturzuschlag sowie Landesreserve,
- Stetige Überprüfung der Wirksamkeit an Pilotprojekten, danach schrittweise Einführung und Generalisierung.

8. Armut beenden! Erarbeitung eines Programms zur Armutsbekämpfung

Die Linke hat sich der Aufgabe verschrieben, die Armut in Sachsen-Anhalt zu minimieren. Insbesondere Kinder, Einelternfamilien und Rentner*innen sind in besonderem Maße von Armut bedroht, was ein unakzeptabler Zustand ist. Darüber hinaus hat Sachsen-Anhalt die zweithöchste Armutsquote bundesweit, weswegen das Thema von landesweiter Relevanz ist. Gemeinsam mit Akteuren aus der Zivilgesellschaft und der Verwaltung erarbeitet die Landtagsfraktion ein Papier, das der Armutsbekämpfung dient. Die unterschiedlichen Perspektiven, Erfahrungen und Kompetenzen fließen zusammen, um den Wohlstand insbesondere der drei angesprochenen Gruppen, aber auch der gesamten Bevölkerung zu steigern.

9. Schutz vor Strom und Heizungssperren schaffen – Landesfonds gegen Energiesperren einrichten

Niemand soll in Sachsen-Anhalt im Winter frieren, weil das Geld für die Energierechnung fehlt. Jährlich werden in tausenden Haushalten Strom oder Gas gesperrt, weil sie in Zahlungsrückstand geraten sind. Wir bringen einen Härtefallfonds auf den Weg, aus dem die Rückstände unbürokratisch übernommen werden können, wenn Haushalte sich die Versorgung nicht mehr leisten können. Somit wenden wir die Sperre ab, bevor sie vollzogen wird. Da die Voraussetzungen für Sperren bundesrechtlich geregelt sind, setzt sich das Land parallel über eine Bundesratsinitiative für ein grundsätzliches Verbot von Energiesperren bei Haushalten in sozialer Notlage ein. Konkret bedeutet dies:

- Einrichtung eines Landesfonds, aus dem Energierückstände einkommensschwacher Haushalte übernommen werden, um Sperren zu verhindern,
- Anbindung an bestehende Beratungsstrukturen der Kommunen und Wohlfahrtsverbände, damit Betroffene früh und niedrigschwellig Hilfe erhalten,
- Bundesratsinitiative für ein Verbot von Strom- und Gassperren bei Haushalten in nachgewiesener sozialer Notlage.